- der DDR betriebene Kampagne, um Bürger der DDR zum Verlassen ihres Landes mittels Antragstellung auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft zu verleiten, dadurch hervorgerufene Konflikte ständig zu verschärfen, darauf aufbauend zu Landesverrat, Gruppenbildung, Hetze, provokativ-demonstrativen Handlungen und anderen subversiven Aktivitäten aufzuwiegeln und zu instruieren und feindliche Stützpunkte zu schaffen;
- die ebenso intensiven gegnerischen Versuche, die staatliche Entscheidung zu [REDACTED] zum Anlaß zu nehmen, im Zusammenwirken äußerer und innerer feindlicher Kräfte einen konzentrierten Angriff auf die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu unternehmen

sowie ebenfalls

- Pläne und Aktivitäten trotzkistischer Kräfte, antisozialistische Positionen in der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen und auszubauen.

In diesem Zusammenhang spielt auch die fortgesetzte Einnischung der Ständigen Vertretung der BRD sowie akkreditierter Journalisten in innere Angelegenheiten der DDR eine maßgebliche Rolle.

Das konzentrierte Wirken der gegnerischen Zentralen, Organisationen, Massenmedien und anderer Einrichtungen führte zur Mobilisierung feindlich-negativer Kräfte im Innern der DDR, darunter solcher, die bereits seit längerem auf feindlichen Positionen standen und angesichts der genannten aktuellen Vorgänge eine Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer gegen den real existierenden Sozialismus gerichteten Ziele zu haben glaubten bzw. deren feindlich-negative Haltung sich unter dem Einfluß der massiven Hetze und Einwirkung des Feindes verfestigte und Züge des erbitterten Hasses und Fanatismus annahm. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch der erhöhte Anteil Vorbestrafter, darunter ausgesprochener krimineller Elemente,